»Nuklearer Endschlag«

AfD Der Streit der Rechtspopulisten um ihre politische Stiftung eskaliert. Parteichef Gauland droht, das Projekt scheitern zu lassen.

Am vergangenen Donnerstag trägt ein Saaldiener ein Blatt Papier in das Plenum des Berliner Reichstags, eine Botschaft für AfD-Fraktionschef Alexander Gauland. Parteikollegen haben darauf einen Kompromiss skizziert, wie man die zwei Stiftungen, die um den Status als AfD-Parteistiftung konkurrieren, unter ein Dach bringen könnte. Auf seinem Sitz in der ersten Reihe des AfD-Blocks beugt sich Gauland über das Papier, liest, nickt und gibt bald darauf grünes Licht.

Doch kurze Zeit später muss die AfD-Spitze genervt feststellen, dass schon wieder alles offen ist – die Unterhändler der Stiftungen liegen bei wichtigen Details doch noch über Kreuz. Das Kompromisspapier ist wieder vom Tisch.

Für die AfD gerät der seit 2014 schwelende Streit über die Parteistiftung langsam zum Fiasko. Die Rechtspopulisten erhoffen sich staatliche Fördergelder von jährlich bis zu 75 Millionen Euro und damit die Chance, Parteifreunden lukrative Posten und der AfD einen Thinktank zu verschaffen. Doch persönliche Befindlichkeiten, Rivalitäten und taktische Spielchen bremsen das Vorhaben. Die Lage ist so verfahren, dass Gauland unverhohlen droht, das ganze Projekt zu kippen.

Mehrere Stiftungskonzepte hat die Bundespartei schon verfolgt, doch die Initiatoren fielen meist den Umstürzen in der AfD zum Opfer. Übrig sind lediglich die Desiderius-Erasmus-Stiftung aus dem Umfeld von Fraktionschefin Alice Weidel und die nach dem einstigen Reichskanzler Gustav Stresemann benannte Stiftung, für die Gauland sich einsetzt.

Die AfD-Politiker treiben sehr unterschiedliche Motive: Über Weidel heißt es, sie wünsche sich die Stiftung als Machtbasis, als Instrument, um Unterstützer zu belohnen und die ideologische Lufthoheit über die AfD zu erlangen. Für Gauland wiederum, dessen Führungsrolle unangefochten ist, sollen machttaktische Argumente keine Rolle spielen. Ihm sei gleichgültig, sagt sein Umfeld, wer den Thinktank eines Tages führt – solange der Stresemanns Namen trägt. Gauland gehe es um den Denkzettel für das Establishment.

Der Streit ist festgefahren. Zuletzt gelang Weidels Lager ein Coup: Offenbar hinter Gaulands Rücken gewann man die Ex-CDU-Abgeordnete Erika Steinbach als Stiftungsvorsitzende. Der Kontakt wurde hergestellt von Weidels Büroleiterin, die früher für Steinbach gearbeitet hat. Diese Personalie macht eine Lösung des Streits nicht leichter, denn Steinbach stellt im SPIEGEL klar: »Für eine Stresemann-Stiftung stehe ich nicht zur Verfügung. Ich habe nicht die Absicht, lange namensrechtliche Prozesse mit dessen Erben zu führen.«

Nun eskaliert der Streit. Der zunehmend frustrierte Gauland drohte in der jüngsten Telefonkonferenz des Bundesvorstands nach Angaben von Teilnehmern einen »nuklearen Endschlag« gegen das Stiftungsprojekt an: Wenn sich kein Einheitsmodell mit Namen Stresemann finde, werde er persönlich auf dem Bundesparteitag in Augsburg Ende Juni dafür werben, dass die AfD gar keine Stiftung bekomme.

Es ist keine hohle Drohung, Gauland weiß, dass sein Wort an der AfD-Basis Gewicht hat. Dort sind die Stiftungen etablierter Parteien, von Konrad-Adenauer- bis Friedrich-Ebert-Stiftung, nicht sonderlich beliebt, da sie 2017 mit 581 Millionen Euro Steuergeld bezuschusst wurden. So wolle man »das wahre Ausmaß der staatlichen Parteienfinanzierung durch Hilfskonstrukte und Schattenhaushalte verschleiern«, heißt es in einem AfD-Papier.

Gauland soll besonders verärgert sein über die Behauptung aus Weidels Lager, nur die Erasmus-Stiftung sei bürgerlich-gemäßigt und die Stresemann-Stiftung ein Sammelbecken Rechtsradikaler.

Dabei vertraut Weidel selbst ihr Projekt einem Mann an, der sich jahrzehntelang in rechtsradikalen Kreisen bewegt hat. Der Österreicher Hans Hausberger, 61, ist eine zentrale Figur der Erasmus-Stiftung. Er unterstützte schon in den Neunzigerjahren die Republikaner bei ihrem Versuch, eine parteinahe Stiftung zu etablieren. Damals brüstete er sich als »Mann von Schönhuber«, des Republikanerchefs und einstigen Waffen-SS-Mitglieds Franz Schönhuber. Heute schreibt Hausberger auf Facebook: »Merkel und ihr verlogenes schwarz-rotes Pack gehörten eingeknastet.«

Den Republikanern rechnete der Unternehmensberater vor, dass ihnen wegen ihrer Erfolge bei Landtagswahlen »etwa 60 Millionen Mark« zustünden. Die Rechtspartei gründete auch eine Carl-Schurz-Stiftung, eine Franz-Schönhuber-Stiftung und eine Johann-Gottlieb-Fichte-Stiftung – interne Unterlagen zeigen, dass Hausberger stets involviert war. Beigetreten sei er der Partei aber nie, sagt er, wohl aber der AfD.

Dort mischte er schon 2015 auf höchster Ebene mit. Interne Mails der AfD zeigen, dass er mit der damaligen Chefin Frauke Petry die »Herbstoffensive« konzipierte, bei der die AfD mit Plakaten und Demos Stimmung gegen Angela Merkels Flüchtlingspolitik machte. »Seitdem bin ich gut vernetzt in der Partei«, sagt Hausberger. Den Sprung von Petry zu Alice Weidel schaffte er locker: »Ich schätze sie sehr, und ich denke, dass sie mich auch schätzt.«

Nun profitiert Weidel, wie Hausberger in Überlingen am Bodensee gemeldet, von dessen Erfahrung. »Die Personalie Hausberger wirft die Frage auf, ob die AfD durch alte rechte Netzwerke unterstützt wird, die früher die Republikaner gefördert haben«, sagt Ulrich Müller von Lobbycontrol.

Allerdings ist Hausbergers Bilanz beim Thema Stiftungen durchwachsen: Die Vorhaben der Republikaner litten an denselben Rechtsstreitigkeiten und Machtspielen wie die der AfD. Keine konnte sich etablieren. Melanie Amann, Sven Becker

FLORIAN GAERTNER / PHOTOTHEK.NET

Kontrahenten Gauland, Weidel
Rivalitäten und taktische Spielchen